Antragsteller:innen: 16. Oktober 2026
Stadtverband Dessau-Roßlau
vertreten durch den Stadtvorstand (Sylvia Pobig, Vorsitzende; Oliver Farr, stellvertretender Vorsitzender)

Antrag 3

an die 3. Tagung des 10. Landesparteitages
der Partei Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt
am 28. und 29. November 2026 in Magdeburg

Solidarischer Finanzausgleich: Umlage nach den Beiträgen, die tatsächlich ankommen

Beschlussvorschlag

Der Landesparteitag beschließt: § 5 Absatz 2 der Finanzordnung der Partei Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt wird wie folgt neu gefasst:

> „(2) Der Finanzausgleich wird jährlich über ein Zuführungsmodell erarbeitet und beschlossen. Grundlage sind die auf den jeweiligen Kreisverband entfallenden Mitgliedsbeiträge, die im vorangegangenen Kalenderjahr tatsächlich eingegangen sind. Davon führt jeder Kreisverband denselben prozentualen Anteil an den Landesverband ab. Die Höhe des Prozentsatzes wird jährlich neu festgelegt; dabei sind der Finanzbedarf des Landesverbandes und die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kreisverbände zu berücksichtigen. Der auf Vorschlag der Landesschatzmeisterin/des Landesschatzmeisters erarbeitete Plan der Zuführungen wird im Landesfinanzrat beraten und anschließend vom Landesvorstand und vom Landesausschuss beschlossen.“

Begründung

Wir fordern von der Gesellschaft, dass starke Schultern mehr tragen. Beim Erbe, beim Vermögen, beim Einkommen. In unserer Partei gilt dieser Satz heute nur bis zum Kreisverband. Jedes Mitglied zahlt nach Einkommen, von 1,50 Euro bis über 75 Euro im Monat (Beitragstabelle der Bundespartei, § 23 Abs. 4 Landessatzung). Die Umlage an den Landesverband kennt diesen Unterschied nicht: Jeder Kreisverband führt für jedes Mitglied denselben Sockelbetrag ab (§ 5 Abs. 2 Landesfinanzordnung). Das ist eine Kopfsteuer. Draußen würde sie keiner von uns verteidigen.

Was das bedeutet: Ein Kreisverband, dessen Mitglieder überwiegend den Mindestbeitrag zahlen, nimmt pro Kopf wenig ein und zahlt pro Kopf dasselbe an das Land wie ein Kreisverband mit hohen Beiträgen. Von jedem Euro, der bei ihm ankommt, geht ein größerer Teil weg. Je geringer die Einkommen der Mitglieder, desto höher die Belastung. Ob ein Mitglied mehr zahlen könnte, prüft niemand, und das ist richtig so. Wir vertrauen unseren Mitgliedern. Dann muss die Umlage mit diesem Vertrauen umgehen können.

Das trifft nicht irgendwen. Mitglieder mit kleinem Einkommen leben dort, wo die Einkommen klein sind: in Regionen mit wenig Arbeit und vielen Menschen, die von zu

kleiner Rente oder Transferleistungen leben. Die Kreisverbände dort nehmen am wenigsten ein, zahlen pro Kopf dasselbe ab und behalten am Ende am wenigsten für Räume und Aktionen. Die Umlage verstärkt, was die Region ohnehin schwächt. Wo die Partei das wenigste Geld hat, ist sie am wenigsten sichtbar. Und genau dort wird sie am meisten gebraucht.

Wir wollen, dass jeder Kreisverband denselben Anteil von dem abführt, was bei ihm tatsächlich eingeht. Derselbe Prozentsatz für alle, aber nicht derselbe Betrag: Wer mehr einnimmt, zahlt mehr Euro an den Landesverband. Wer weniger einnimmt, zahlt weniger und behält, was er für die Arbeit vor Ort braucht. Die starken Schultern tragen mehr, die schwachen werden nicht überfordert. Das ist das Prinzip unserer Beitragstabelle, eine Ebene höher angewendet.

Der Landesverband bleibt finanziert. Der Prozentsatz wird jedes Jahr am Bedarf des Landesverbands festgelegt und ist keine feste Quote. Grundlage sind die Beiträge des Vorjahres, die zur Finanzplanung feststehen. Beide Ebenen können damit planen. Die Debatte über den Bedarf führen wir heute schon, nur über die Höhe des Sockelbetrags.

Am Verfahren ändert sich nichts. Der Vorschlag kommt weiter von der Landesschatzmeisterin oder dem Landesschatzmeister, der Landesfinanzrat berät ihn, Landesvorstand und Landesausschuss beschließen (§ 25 Landessatzung). Die Bundesfinanzordnung überlässt den Finanzausgleich den Landesverbänden und verlangt, dass Landesvorstand, Landesgeschäftsstelle und Kreisverbände arbeitsfähig bleiben (§ 5 Abs. 4 Bundesfinanzordnung). Der neue Text schreibt genau das fest.

Unsere Kreisverbände sind der Ort, an dem Menschen die Linke erleben, in der Sozialsprechstunde wie im Stadtrat. Wer dort Mitglieder gewinnt und Aktionen organisiert, braucht Geld für Räume und Material. Ein Landesverband ist nur so stark wie die Kreisverbände, die ihn tragen.

Wir wollen einen Finanzausgleich, der von den Beiträgen ausgeht, die tatsächlich ankommen, und den die Schatzmeister:innen von Land und Kreisen jedes Jahr gemeinsam im Landesfinanzrat aushandeln. Was wir von der Erbschaftsteuer erwarten, erwarten wir von uns selbst: Wer mehr hat, gibt mehr.